

tumsrate des Volkseinkommens liegenden Kapitalverzinsung, überzeugt ihn aus guten Gründen jedoch nicht. Allerdings hält auch er die aus der Ungleichheit resultierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme wie Nachfragemangel und Akzeptanzverluste der marktwirtschaftlichen Ordnung für schwerwiegend. Wie Piketty sieht auch Stelter wachsende Belastungen Vermögender in naher Zukunft, wenngleich aus anderen Gründen.

**D**er Autor schließt mit dem Satz: „Es soll keiner sagen, er sei nicht gewarnt gewesen.“ Der Rezensent ergänzt: Keiner soll sagen können, die Lektüre dieses Buches sei ihm nicht dringend empfohlen worden.

Stelters Haupteinwand gegenüber Pikettys Vermögensanalyse liegt in der von ihm völlig ausgeblendeten Schuldenproblematik. Die wachsende private und öffentliche Verschuldung und ihre Gefahren sind Stelters *Ceterum Censeo*. Und Stelter zeigt, dass das eine, die wachsende Ungleichheit, mit dem anderen, der wachsenden Verschuldung, zeitlich und inhaltlich eng zusammenhängt. Just zu dem Zeitpunkt, zu dem die Einkommens- und Vermögensschere sich öffnet, zu Beginn der achtziger Jahre also, nimmt auch die Verschuldungsquote zu. Die Politik des billigen Geldes, die die Zentralbanken derzeit weltweit betreiben, ermuntert die Bereitschaft zur Verschuldung weiter. Das billige Geld drängt auf die Vermögensmärkte, insbesondere auf die Kapital- und Immobilienmärkte, und führt dort zu Preisblasen. Diese erhöhen nominell die Vermögenswerte und verstärken, wegen der ungleichen Verteilung des Vermögens, die Ungleichheit noch weiter. Die mit dem drohenden Platzen der Blase verbundenen Gefahren entgehen Piketty genauso wie die mit dem Platzen der Blase einhergehende Vermögenskorrektur.

Übereinstimmung herrscht bei beiden Autoren hinsichtlich der Unumgänglichkeit einer kommenden erheblichen Vermögensabgabe. Während Piketty die Vermögensabgabe zum Abbau der Staatsverschuldung für erforderlich hält, sieht Stelter die Notwendigkeit, mit der Vermögensabgabe neben dem öffentlichen Sektor auch den Privatsektor zu entschulden. Da in beiden Sektoren die Verschuldung der südeuropäischen Euroländer weit über derjenigen Deutschlands liegt, dürfte die letztendlich zustande kommende Vermögensabgabe auch eine beträchtliche Umverteilungswirkung in Europa zur Folge haben, eine Implikation, die Piketty verschweigt, Stelter aber mit aller wünschenswerten Klarheit benennt.

Stelter hat den Mut zu sagen, auf welche Belastungen sich der deutsche Steuerzahler einstellen müssen. Steckt man den gesamten europäischen Schuldenüberhang, d.h. die nicht tragfähigen Teile der Verschuldung der europäischen Länder in einen Schuldentilgungsfonds mit einem Transferelement für Griechenland, Irland, Spanien und Portugal, und tilgt

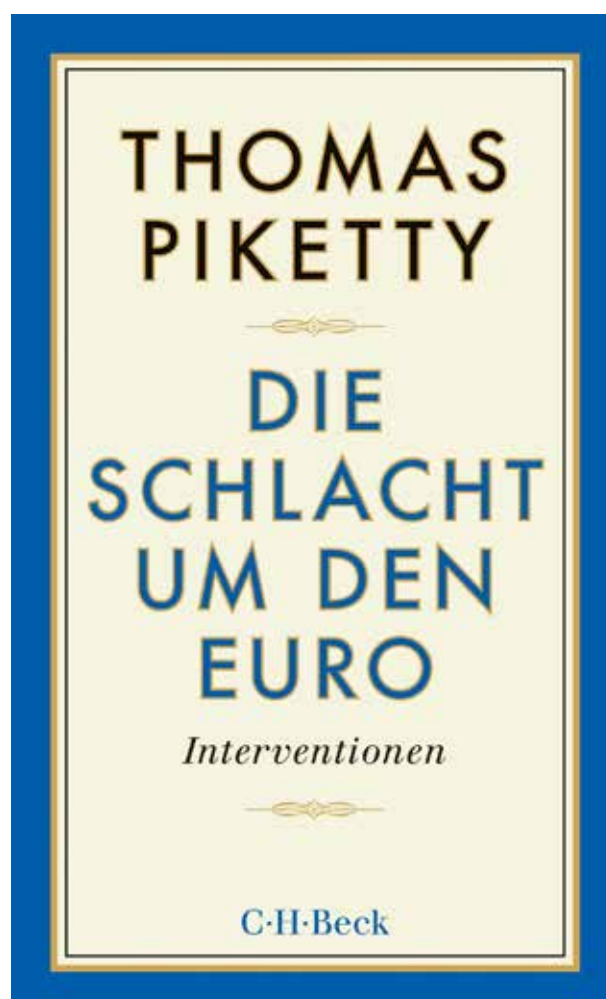
diesen Fonds über eine Laufzeit von 20 Jahren, kämen auf Deutschland Kosten in Höhe von jährlich 1,5% des BIP zu. Zum Vergleich: Das Einkommenswachstum betrug in den letzten 20 Jahren 2,4% p.a. Zur Klarstellung: 1,5% mal 20 Jahre beinhalten bei einem BIP von 2.903 im Jahre 2014 871 Mrd. €. Die Vermögensteuer erbrachte 1996, im letzten Jahr ihrer Erhebung, rd. 7 Mrd. € zu heutigen Preisen. Ihre Wiedereinführung erbrächte in 20 Jahren rd. 140 Mrd. €, sodass ihre Sätze rd. versechsfacht werden müssten, um das erforderliche Finanzvolumen zu erbringen.

Der Autor schließt mit dem Satz: „Es soll keiner sagen, er sei nicht gewarnt gewesen.“ Der Rezensent ergänzt: Keiner soll sagen können, die Lektüre dieses Buches sei ihm nicht dringend empfohlen worden.

**Thomas Piketty: Die Schlacht um den Euro. Interventionen. München: C.H.Beck 2015. 175 Seiten, Paperback. ISBN 978-3-406-67527-0. 14,95 €**

Thomas Piketty, Autor des Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (besprochen in *fachbuchjournal* 1/2015), versammelt in dieser Schrift eine Auswahl von Aufsätzen, „Interventionen“, die er zwischen 2008 und 2015 in der linksliberalen Tageszeitung „Libération“ veröffentlicht hat.

Die Beiträge sind in Frankreich auch in Form dreier Bücher erschienen und finden sich hier in deutscher Übersetzung



wieder abgedruckt. Sie sind für einen breiten Interessentenkreis geschrieben und gut lesbar und dienen der politischen Meinungsbildung.

Der Titel des Buches ist leicht irreführend: Inhaltlich kommen die Aufsätze weit weniger martialisch daher als der Titel des Buches es suggeriert. Zum anderen befasst sich ein Drittel der Beiträge gar nicht mit dem Euro, sondern mit der der Eurokrise zeitlich vorangehenden globalen Finanzkrise.

Die Botschaft, die Piketty vermittelt, lautet, dass eine Währungsunion ohne Fiskalunion nicht funktionieren kann. Soll die Eurozone also Bestand haben, wofür Piketty ausdrücklich plädiert, sei es erforderlich, sie zu einer Fiskalunion – als Vorstufe zu einer politischen Union – weiter zu entwickeln. Diese Fiskalunion müsse zwei Kernelemente beinhalten, zum einen die Vergemeinschaftung der Staatsschulden, also die Einführung von Eurobonds, und zum anderen die Einführung einer unionsweit einheitlichen Körperschaftssteuer. Ersteres sei erforderlich, um ein Auseinanderdriften der Zinssätze auf Staatsschulden zu vermeiden, letzteres um den innergemeinschaftlichen Steuerwettbewerb zu unterbinden.

Piketty ist sich, anders als so manch anderer Eurobond-Propagandist, völlig darüber im Klaren, dass es eine gemeinsame Haftung für nationale Schulden nicht geben kann, wenn die haushaltspolitischen Befugnisse in nationaler Hoheit verbleiben. Er schlägt daher einen „Europäischen Haushaltsausschuss“ vor, der sich aus Vertretern

der Haushaltsausschüsse der nationalen Parlamente gemäß dem Bevölkerungsanteil der Euromitgliedstaaten zusammensetzen soll. In seinen Artikeln wirbt er vehement dafür, dass die französische Politik sich bereit erklären soll, finanzpolitische Kompetenzen diesem Brüsseler Ausschuss zu übertragen. Der Bundesregierung macht er seinen Vorschlag schmackhaft mit dem Hinweis, dass Deutschland in dem Ausschuss proportional zu seiner Bevölkerung vertreten wäre, wohingegen es jetzt, wo im Europäischen Rat entschieden werden, nur über eine Stimme verfüge. Außerdem, so lässt er geschickt einfließen, sei Deutschland auf dem Weg zu Eurobonds gedanklich schon sehr viel weiter als Frankreich, weil der Deutsche Sachverständigenrat ja schon ein ausgearbeitetes Modell einer Gemeinschaftshaftung vorgelegt habe. (Der Rat hatte in seinem Gutachten 2011 die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds mit gemeinschaftlicher Haftung vorgeschlagen, in den die die 60%-Grenze am BIP übersteigenden Staatsschulden eines Landes eingebracht werden sollten, die im Laufe der folgenden 25 Jahre getilgt werden sollten.) Ferner sei der Europäische Rat ein denkbar schlecht geeignetes Gremium, um über Lastverteilungen aus Staatsschulden zu sprechen, da es nicht um eine Lastverteilung zwischen Süd und Nord, sondern zwischen Arbeit und Kapital gehe.

**D**ie Bereitschaft der Bürger, das Recht auf Erhebung und Verwendung der von ihnen zu zahlenden Steuern von der nationalen auf die europäische Ebene zu heben, ist der Lackmустest für die Bereitschaft, eine Fiskalunion einzugehen. Die, die sie wollen, müssen das den Bürgern sagen, und ihre Bereitschaft dazu an der Wahlurne erkunden. Alles andere ist unverbindliches Gerede, „cheap talk“.

Er „übersieht“ dabei geﬂissentlich, dass Deutschland in dem genannten Haushaltsausschuss leicht überstimmt werden könnte, wie es in entscheidenden Fragen der EZB-Politik derzeit schon regelmäßig geschieht, wohingegen das für steuerliche Entscheidungen im Europäischen Rat nach wie vor geltende Einstimmigkeitsprinzip diese Majorisierung verhindern könnte. Ferner interessiert aus deutscher Sicht eben nicht nur, ob zur Bedienung französischer Schulden Arbeits- oder Kapitaleinkommen herangezogen werden sondern auch, ob es deutsche oder französische Arbeitseinkommen/Kapitaleinkommen sind, die haften.

Pikettrys Denken wird durch den Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital beherrscht. Demgegenüber tritt in seinem Denken der europäische Nord-Süd-Konflikt zurück. Das löst seinen Ansatz vom nationalstaatlichen Denken und gibt ihm insoweit einen sympathischen pro-europäischen Anstrich. Aber seiner im „Kapital“ dokumentierten Expertise in Verteilungsfragen zwischen Kapital und Arbeit steht hier, sicher-

lich auch dem Format der Beiträge geschuldet, keine vergleichbare Tiefgründigkeit in der Analyse von Funktionsbedingungen einer Währungsunion gegenüber. Die Vergemeinschaftung von Schulden in einer Währungsunion muss von sehr viel mehr wirksamer, politischer Kontrolle nationaler Finanzgebarens begleitet sein als durch einen „Europäischen

Haushaltsausschuss“, um politische Akzeptanz in denjenigen Ländern zu finden, die für Dritte haften sollen. Ob und inwieweit sich Mitgliedstaaten einer solchen Kontrolle (nicht) zu unterwerfen bereit sind, dafür liefert derzeit der Fall Griechenlands reichhaltiges Anschauungsmaterial. Es ist ein Lehrstück darüber, wie weit der Weg zu einer Fiskalunion, geschweige denn zu einer politischen Union, aller diesbezüglichen Rhetorik zum Trotz, noch ist. Das Stück wird vielleicht gerade noch rechtzeitig gespielt, um irreversible, auf Illusionen über vertragskonformes Verhalten beruhende Entscheidungen zu vermeiden.

Eine Fiskalunion zu fordern ist eines. Den Bürgern aber zu sagen, dass dann über die Höhe sowie Ort und Zweck der Verwendung ihrer Steuern nicht mehr in ihrem nationalen Parlament sondern auf europäischer Ebene und damit gegebenenfalls gegen ihr Votum entschieden wird, ist etwas anderes. Die Bereitschaft der Bürger, das Recht auf Erhebung und Verwendung der von ihnen zu zahlenden Steuern von der nationalen auf die europäische Ebene zu heben, ist der Lackmустest für die Bereitschaft, eine Fiskalunion einzugehen. Die, die sie wollen, müssen das den Bürgern sagen, und ihre Bereitschaft dazu an der Wahlurne erkunden. Alles andere ist unverbindliches Gerede, „cheap talk“.